



DAS ISLAMBILD VERÄNDERN

Positionen zur Überwindung von Islamfeindlichkeit

Ablehnende Einstellungen gegenüber Muslimen sind in Deutschland und Europa weit verbreitet. Der gesellschaftliche Frieden wird dadurch belastet. Das »Clearingprojekt: Zusammenleben mit Muslimen« beim Interkulturellen Rat befasst sich seit zwei Jahren mit alltäglichen Konflikten zwischen Muslimen und Nichtmuslimen. Daraus wurden die folgenden Gedanken und Anregungen entwickelt, die zu einem konstruktiven und demokratischen Miteinander beitragen wollen. Viele Aspekte des Themas können in diesem Papier nur kurz angesprochen werden. Das Ziel ist es, eine öffentliche Debatte anzustoßen und damit den gesellschaftlichen Frieden zu fördern.

Herausgegeben vom
»Clearingprojekt: Zusammenleben mit Muslimen«

ZUR AUSGANGSLAGE

Eine repräsentative Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach vom Mai 2006 kommt zu dem Ergebnis, dass die Vorstellungen der Mehrheit der Menschen in Deutschland über den Islam sich im Vergleich zu Erhebungen aus dem Jahre 2004 »spürbar verdüstert« haben. 91 Prozent der Befragten denken bei dem Stichwort Islam an die Benachteiligung von Frauen, 83 Prozent teilen die Auffassung, der Islam sei von Fanatismus geprägt. 62 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, der Islam sei rückwärtsgewandt und 60 Prozent sind der Auffassung, er sei undemokratisch. Die Eigenschaft der Friedfertigkeit gestehen dem Islam lediglich acht Prozent der Befragten zu (Vgl.: Noelle, E. und Petersen, T.: Eine fremde, bedrohliche Welt. Frankfurter Allgemeine Zeitung 17.5.2006, S. 5).

Verbreitetes Unbehagen und Angst führen nach den Ergebnissen der Allensbach-Studie dazu, dass bei der Mehrheit der Nichtmuslime in Deutschland eine große Bereitschaft festgestellt werden muss, Muslimen fundamentale Rechte zu beschneiden. So teilen 40 Prozent der Befragten die Auffassung, die Ausübung der islamischen Religion in Deutschland sollte stark eingeschränkt werden um zu verhindern, dass es zu viele gewaltbereite Muslime gibt. 56 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, dass es in Deutschland verboten sein sollte, Moscheen zu bauen, solange es in manchen islamischen Ländern verboten ist, Kirchen zu bauen. Und 74 Prozent der Befragten sind der Auffassung, eine Moschee solle auch dann nicht gebaut werden, wenn die Behörden dem Bau zugestimmt haben, aber die Bevölkerung vor Ort sich dagegen ausspricht. Diese mehrheitlich geäußerten Meinungen stehen im Widerspruch zu der in unserer Verfassung garantierten Religionsfreiheit.

Viele Muslime haben den Eindruck, von Teilen der Gesellschaft abgelehnt und mit Misstrauen beäugt zu werden. Das zeigt u.a. die am 18. Dezember 2007 vom Bundesministerium des Innern vorgestellte Studie von Peter Wetzel und Katrin Brettfeld zum Thema »Integration und Integrationsbarrieren von Muslimen in Deutschland«. Demnach sind die meisten der befragten Muslime zwar der Überzeugung, ihre Religion in Deutschland frei praktizieren zu können. Zugleich aber fühlt sich jeder Dritte von Nichtmuslimen pauschal abgelehnt.

Diese empirischen Befunde werden auch von anderen Untersuchungen wie der seit einigen Jahren durchgeführten Langzeitstudie zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit von Wilhelm Heitmeyer (Deutsche Zustände – Folgen 1 bis 5) bestätigt.

Demnach müsste der Alltag von Muslimen und Nichtmuslimen vor allem durch Konflikte geprägt sein. Das »Clearingprojekt: Zusammenleben mit Muslimen« beim Interkulturellen Rat sammelt und analysiert alltägliche Konflikte im Zusammenleben. Tatsächlich sind Spannungen und Auseinandersetzungen nicht zu übersehen. Fehlende Kommunikation, Vorurteile, Missverständnisse und unterschiedliche Interessen führen zu Konflikten. Die Projektergebnisse zeigen dennoch ein durchaus verträgliches Miteinander im Alltag. Konflikte können häufig durch einen schonenden Interessensausgleich bearbeitet und gelöst werden. Das alltägliche Miteinander ist pragmatisch und kann vielfach auch als gut bezeichnet werden. Spannungen und Konflikte beim Moscheebau, Schwimmunterricht oder Klassenfahrten in Schulen werden in Medien häufig übertrieben dargestellt. Das trägt zu einem einseitigen Bild bei.

Es gibt ein breites Spektrum unterschiedlicher Einstellungen zum Islam und zu Muslimen. Zu unterscheiden sind:

- Die Idealisierung des Islam und der Muslime, mit der Konflikte beispielsweise mit Menschenrechten und im Alltag grundsätzlich in Abrede gestellt werden.
- Kritisches Interesse gegenüber dem Islam und den Muslimen, das in Anfragen z.B. zur Vereinbarkeit der Grundwerte des Islam mit den Idealen der Menschen- und Grundrechte zum Ausdruck kommt.
- Ein Unbehagen, das aus Unkenntnis und negativen persönlichen Erfahrungen und Berichten herrührt.
- Islamophobie, die auf oftmals diffusen Ängsten mit unterschiedlichen Ursachen beruht.
- Islamfeindlichkeit, bei der Muslime herabwürdigend beurteilt und Diskriminierungen befürwortet werden.

Gelegentlich werden antiislamische mit antisemitischen Einstellungen gleichgesetzt. Muslime in Deutschland teilen viele Diskriminierungserfahrungen und Ausgrenzungsmechanismen mit Juden und anderen religiösen, kulturellen und ethnischen Minderheiten in Geschichte und Gegenwart. Angesichts der eliminatorischen Qualität des Antisemitismus und der Shoa können antisemitische und antiislamische Einstellungen aber nicht gleichgesetzt werden. Es gilt wachsam zu bleiben gegenüber allen Versuchen, die Singularität der Ermordung der europäischen Juden im Dritten Reich durch solche Vergleiche absichtlich oder faktisch zu nivellieren.

URSACHEN UND MOTIVE ABLEHNENDER EINSTELLUNGEN

Soziologie und Psychologie zeigen auf, dass die eigene Identität ausgebildet wird, indem ein Gegenüber konstruiert und als »fremd« definiert wird. Hieraus resultieren Ausgrenzungsmechanismen, die Differenzen zwischen »uns« und den »anderen« betonen und vergrößern. Die Ursachen und Motive für ablehnende Einstellungen speziell gegenüber dem Islam und den Muslimen sind komplex und vielfältig. Im Folgenden sind einige Faktoren zusammengestellt. Die Reihenfolge enthält keine Gewichtung. Fast jede einzelne Ursache wiegt für sich schwer.

1. **Historische Belastungen:** Islamfeindliche Einstellungen haben sich seit den Kreuzzügen, den »Türken vor Wien« bis in die Zeit des Kolonialismus verdichtet. Die europäische Identität wurde u.a. dadurch geprägt. Nach dem Antikommunismus scheinen antiislamische Einstellungen eine identitätsstiftende Funktion zu erhalten.
2. **Religiöse Wahrheitsansprüche:** Die monotheistischen Religionen und ihr Wahrheitsanspruch begünstigen möglicherweise ablehnende Einstellungen gegenüber Angehörigen anderer Religionen. Diese Einstellungen vermischen sich häufig mit Vorurteilen. So gehört die Ablehnung von Muslimen und die Abwertung islamischer Glaubensvorstellungen seit der Ausbreitung des Islams zu den Merkmalen christlicher Religion. Zwar gab es auch immer wieder Bemühungen um ein besseres gegenseitiges Verständnis wie z.B. in Lessings »Nathan der Weise« oder bei christ-

lich-islamischen und abrahamischen Projekten der letzten Jahrzehnte. Dennoch werden Angehörige anderer Religionsgemeinschaften im Zuge der Identitäts- und Profilbildung vielfach ausgegrenzt. Die Ausgrenzung von Muslimen im Namen der christlichen Religion ist auch in Teilen der Staatsrechtsliteratur und in der Publizistik verbreitet.

3. **Lücken in Lehr- und Bildungsplänen:** Die Einflüsse des Islam in den Bereichen Mathematik, Medizin, Architektur, Philosophie, Malerei, Literatur oder Musik finden in der schulischen und außerschulischen Bildung keine angemessene Würdigung. Muslimisch geprägte Länder und ihre Kultur werden kaum beachtet oder auf fremdartige und problematische Phänomene und Ereignisse reduziert – dies trifft auch allgemein auf angeblich »weniger entwickelte« Länder z.B. in Afrika oder Lateinamerika zu.
4. **Angst vor Terrorismus:** Terror, der mit dem Islam begründet wird, ist medial fast täglich über Bilder aus dem Irak und aus Afghanistan gegenwärtig. Terroranschläge in New York, Madrid oder London und versuchte Anschläge in Deutschland sind präsent und machen Menschen so betroffen, dass viele den Terror grundsätzlich mit dem Islam in Verbindung bringen. Distanzierungen der relevanten muslimischen Verbände in Deutschland gegenüber terroristischen Akten, die sich auf den Islam berufen, wurden kaum beachtet und haben daran wenig verändert.
5. **Politische Kampagnen:** Insbesondere im Zusammenhang mit Wahlkämpfen gibt es politische Kampagnen, die mit populistischen Unterstellungen agieren und sich an unterschiedlichen Themen festmachen: Kopf-

tuch, Scharia, Schächten, Konvertiten, eine angeblich religiös sanktionierte Erlaubnis zur Täuschung (Taqiyya) oder ein Verbot von Minaretten. In vielen solcher Kampagnen werden eigentlich ökonomische oder sozio-kulturelle Debatten willkürlich »islamisiert«.

6. **Stereotype Berichterstattung in den Medien:** Negative Darstellungen von Muslimen in den unterschiedlichen Medien bleiben stärker im Bewusstsein haften und bestätigen Vorurteile. Die verbreiteten positiven Erfahrungen des guten Zusammenlebens von Muslimen und Nicht-Muslimen werden kaum zu den guten Sendezeiten und auf den Titelseiten dargestellt. Gute Nachrichten sind – wie bei den meisten anderen Themen auch – keine Nachrichten. In der Berichterstattung über innerfamiliäre Gewalt wird bei Muslimen statt – wie sonst üblich – von einer »Familientragedie« nahezu reflexartig von einem »Ehrenmord« berichtet. Differenzierungen und detaillierte Betrachtungen unterbleiben oft.
7. **Vorschnelle Ableitung menschenrechtswidriger Praktiken aus der Religion:** Zwangsverheiratung oder sogenannte »Ehrenmorde« werden ursächlich mit dem Islam in Verbindung gebracht, auch wenn sie nicht nur unter Muslimen zu beobachten sind und wenn Muslime ebenso wie die muslimischen Verbände in Deutschland solche Taten verurteilt haben. Dies gilt ebenso für die Frauenbeschneidung, die auch in christlich geprägten afrikanischen Ländern vorkommt, aber vor allem Muslimen zugeordnet wird.
8. **Vordergründige Debatten über Jugendkriminalität:** In der Diskussion über Delinquenz von Jugend-

lichen werden soziale Ursachen und Hintergründe weitgehend außer acht gelassen. Stattdessen und im Widerspruch zu soziologischem Fachwissen wird immer wieder auf das Merkmal der Religionszugehörigkeit oder der ethnischen Herkunft verwiesen. Damit verfestigt sich das Bedrohungsszenario einer stark gewaltbereiten muslimischen Jugend, die in Deutschland heranwächst.

9. Islamfeindliche Positionen und Einstellungen werden auch von Muslimen formuliert:

Manche muslimische Migrant/-innen und ihre Organisationen, muslimische Islamkritiker/-innen und »Ex-Muslime« greifen verbreitete Vorurteile gegenüber Muslimen bestätigend auf und prägen damit maßgeblich die öffentliche Diskussion.

10. Angstpropaganda: In manchen Debatten zur Bevölkerungsentwicklung in Deutschland wird fälschlicherweise ein Szenario aufgebaut, nach dem die nicht-muslimische Bevölkerung in Deutschland aussterben und Muslime in absehbarer Zeit die Mehrheit stellen würden. Es werden Ängste verbreitet, indem in diesem Zusammenhang von einer »schleichenden« Islamisierung der deutschen Gesellschaft gesprochen wird.

11. Angst vor Außensteuerung: Manche Entscheidungen muslimischer Einrichtungen werden von den Herkunftsländern mit beeinflusst. Die dort Verantwortlichen kennen oftmals die deutsche Situation nicht und haben dafür eine unzureichende Sensibilität. Dadurch kann eine konstruktive Integrationsarbeit muslimischer Verbände in Deutschland erschwert und behindert werden.

12. Angeblicher Antagonismus zwischen Islam und Moderne: Verbreitet ist die Ansicht, dass Islam und Moderne nicht vereinbar seien. Für manche Gruppierungen wie die Salafiten und Wahhabiten dürfte das auch zutreffen. Daraus entsteht die Sorge, dass die in einer langen Geschichte erreichten menschenrechtlichen Standards wieder reduziert werden, wenn islamische Wertvorstellungen stärkeren Einfluss gewinnen.

13. Gesellschaftlicher Rückzug als Reaktion auf Diskriminierungserfahrungen: Muslime sind auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt, im Bildungssystem sowie beim Zugang zu Dienstleistungen vielfach von Ausgrenzungen und Diskriminierungen betroffen. Das trägt bei manchen zur Abwendung von der nicht-muslimischen Mehrheit und zur Ausbildung eigener Infrastrukturen bei. Das wird in der öffentlichen Diskussion meist ausschließlich den Muslimen angelastet und als gewollte Abschottung missdeutet.

14. Irritierende, teils auch rechtswidrige Verhaltensweisen bei Muslimen: Es gibt bei manchen Muslimen religiös oder kulturell bedingte Verhaltensweisen, die Nicht-Muslime häufig befremden und auf die sie nicht vorbereitet sind: Es geben z.B. manche muslimische Frauen den Männern keine Hand oder sie verhüllen ihr Gesicht. Solche Verhaltensweisen verstärken Vorurteile und irritieren oftmals auch Muslime. Als problematisch ist die auch bei Muslimen zu beobachtende Ablehnung von Homosexualität zu thematisieren.

In der öffentlichen Debatte werden menschenrechtswidrige Praktiken wie die Ausübung körperlicher Ge-

walt oder die Zwangsverheiratung ausschließlich auf religiöse Motive reduziert. Zwar haben die großen islamischen Verbände das Schlagen von Männern, Frauen und Kindern sowie die Zwangsverheiratung verurteilt. Allerdings dauert es lange, bis solche Positionen bei den Muslimen vor Ort ankommen. In seltenen Fällen werden aus den Herkunftsländern übernommene Traditionen wie z.B. die in Deutschland rechtswidrige Mehrehe fortgeführt.

15. Diskriminierende Einstellungen unter Muslimen:

Aktuelle empirische Untersuchungen zeigen, dass insbesondere junge Muslime nicht nur Opfer von Vorurteilen und negativen Stereotypen sind, sondern in beachtlichem Maße auch deren Träger. Ablehnung und Vorurteile richten sich gegen die westliche Kultur und Gesellschaftsordnung im Allgemeinen sowie gegen andere Minderheiten in Deutschland. Vor allem antisemitische Einstellungen sind bei jungen Muslimen in Deutschland weit verbreitet (Vgl. Peter Wetzels und Katrin Brettfeld: »Integration und Integrationsbarrieren von Muslimen in Deutschland«. Studie im Auftrag des Bundesministerium des Innern, vorgestellt am 18. Dezember 2007).

Der Katalog der Ursachen und Motive für ablehnende Einstellungen gegenüber Muslimen kann sicher noch erweitert werden. Sie sind so massiv und erdrückend, dass es großer Anstrengungen bedarf, hiergegen etwas nachhaltig und erfolgreich zu tun. Auf keinen Fall sind kurzfristige Erfolge zu erwarten, da auch Antworten entsprechend komplex sein müssen.

KONZEPTE ZUR ÜBERWINDUNG VON ISLAMFEINDLICHKEIT

Die Überwindung von antiislamischen Einstellungen gehört gegenwärtig zu den wichtigen Aufgaben in Deutschland. Durch islamfeindliches Verhalten kommt es zu Diskriminierungen und Menschenrechtsverletzungen. Der Integration und dem friedlichen Zusammenleben wird dadurch geschadet.

Erfahrungen haben gezeigt, dass rassistischen Einstellungen mit nachhaltigen Konzepten und Projekten entgegengewirkt werden kann. Allerdings ist oft zu beobachten, dass sich rassistische Denkweisen dann auf andere Gruppen verlagern. So gab es Ende der 60er Jahre eine Ablehnung von Italienern, Mitte der 70er Jahre folgten »die Ausländer«. Ende der 70er Jahre standen Türken und in den 80er Jahren »die Asylanten« im Vordergrund. Inzwischen werden vor allem Muslime abgelehnt. Islamfeindlichkeit ist die gegenwärtig am meisten verbreitete Form von Rassismus.

Islamfeindliche Einstellungen haben lange vor dem 11. September 2001 bestanden. Schon seit den 90er Jahren ist eine »Islamisierung« von vormals anders wahrgenommenen Konflikten zu beobachten. Während Türken in den 80er Jahren noch als »Gastarbeiter« bezeichnet wurden, sind sie später immer stärker als »Muslime« angesehen worden.

Es ist durchaus denkbar, dass die Islamfeindlichkeit wieder zurücktritt und Ängsten vor einer »gelben Gefahr« oder anderen Vorurteilen weicht. Die Ablehnung von Muslimen scheint allerdings so tief verankert zu sein,

dass sie möglicherweise dauerhaft bestehen bleibt bzw. jederzeit »reaktiviert« werden kann.

Während in den Köpfen der Islam und die Muslime abgelehnt werden, bringt man muslimische Bekannte oder Freunde damit nicht in Verbindung, wenn mit ihnen weitgehend positive Erfahrungen gemacht werden.

Islamfeindliche Einstellungen führen zu unterschiedlichen Formen von Diskriminierungen. Hier trägt der Staat eine besondere Verantwortung, da ihm aufgrund verfassungsrechtlicher und völkerrechtlicher Vorgaben eine Garantfunktion für die Menschenrechte und damit auch für die Durchsetzung des menschenrechtlichen Diskriminierungsverbots zukommt. Der Staat ist in Folge dessen gefordert, gegen Diskriminierungen aktiv vorzugehen und dazu beizutragen, dass deren gesellschaftliche Ursachen – Vorurteile und stereotype Wahrnehmungen – überwunden werden können (Vgl.: Heiner Bielefeldt »Das Islambild in Deutschland«, 2. aktualisierte Auflage 2008).

Staat und Gesellschaft haben darüber hinaus darauf zu achten, dass das grundlegende Menschenrecht auf Religionsfreiheit in keiner Weise eingeschränkt wird. Dazu gehört das Recht in eine Religion einzutreten, auszutreten, die Religion zu wechseln oder ohne Religion zu leben.

Der Staat kann und muss Rahmenbedingungen schaffen, die zu einem Abbau diskriminierender Einstellungen beitragen – in Bezug auf alle markierten Gruppen (Frauen, Behinderte, Obdachlose, Muslime). Gerade in Bezug auf die Diskriminierung von Muslimen gibt es weder Konzepte noch Programme. So fehlen im Entwurf für den Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus der Bundesregierung

vom Oktober 2007 Ausführungen zu islamfeindlichen Einstellungen in der Bevölkerung. Projekte zum Abbau von Diskriminierungen und Ausgrenzungen könnten gemeinsam mit Muslimen auch im Rahmen der Deutschen Islamkonferenz erarbeitet werden.

Es sind eigenständige Programme zu entwickeln, für die es in Deutschland bisher wenig Ansätze und Erfahrungen gibt. Noch immer gibt es Vorbehalte, die multikulturelle und multireligiöse gesellschaftliche Realität anzuerkennen. Gleichzeitig gilt es, eine Integration der Thematik in die allgemeine Antidiskriminierungsarbeit zu erreichen. Schon jetzt existieren positive Beispiele und Projekte, deren Förderung sinnvoll ist, ohne dass davon auszugehen ist, dass damit eine empirisch messbare Reduzierung islamfeindlicher Einstellungen erfolgt. Wenn es gelingt, Islamfeindlichkeit als ein vom Islam getrenntes Phänomen wahrzunehmen – wie das beim Antisemitismus gelungen ist – wäre ein erster wichtiger Schritt in Richtung Bewusstseinsbildung getan.

GRUNDLEGENDE ANSÄTZE

Im folgenden sind grundlegende Ansätze zur Überwindung von Islamfeindlichkeit zusammengestellt:

1. **Orte des guten Miteinanders** können ausgebaut oder entwickelt werden, die in das Umfeld ausstrahlen und in besonderen Krisen aktivierbar sind. Diese Inseln wie Runde Tische, Interreligiöse Räte, Islamforen, christlich-islamische Gesellschaften, Stadtteilinitiativen, Kulturvereine u.s.w. können vernetzt werden und öffentlichen Einfluss haben. Dafür bedarf es verstärkter öffentlicher Mittel.
2. **Schulische Bildung und Erziehung** haben eine vorrangige Bedeutung zur Überwindung von Islamfeindlichkeit. Interkulturelle Kompetenz ist in pluralistischen Gesellschaften unverzichtbar. In der schulischen Erziehung können die Impulse aus dem jüdischen, muslimischen und christlichen Leben für die deutsche Kultur vermittelt werden. Die hier bestehenden Zusammenhänge sind in Themenfeldern wie Mathematik, Medizin, Architektur, Philosophie, Malerei, Literatur, Religion, Musik und Geschichte deutlich zu machen. So hat die Aufklärung ihre Wurzeln auch in der Übernahme jüdischer und arabisch-muslimischer geistiger Einflüsse. Europäische Kultur ist ohne diese Bestandteile nicht zu verstehen. Die längst überfällige Überarbeitung und Ergänzung von Schulbüchern ist noch nicht erfolgt.
3. **Islamischer Religionsunterricht:** Zwischen allen Bundesländern besteht Konsens, dass ein islamischer Religionsunterricht erforderlich ist, der zur Qualifizierung der hier lebenden jungen Muslime und der in-

terreligiösen Beziehungen beitragen kann und damit auch beim Abbau von Vorurteilen nützlich ist. Der Staat muss Modellprojekte auswerten und flächendeckend umsetzen, mit den Muslimen und den im Koordinierungsrat zusammengeschlossenen Organisationen im Gespräch bleiben und den Religionsunterricht dynamisch weiterentwickeln. Voraussetzung hierfür ist der Auf- und Ausbau universitärer Strukturen zur Ausbildung von Lehrkräften.

4. **Erwachsenenbildung und außerschulische Jugendarbeit** haben angesichts der verbreiteten Unkenntnis große Aufgaben und Chancen. Sie können dazu beitragen, dass authentisch über Muslime sowie über bekannte Mechanismen der Gruppenwahrnehmung und des Zusammenlebens informiert wird. Ein Jugendaustausch mit jungen Menschen aus muslimisch geprägten Ländern kann viel zur gegenseitigen Verständigung beitragen – wie Erfahrungen belegen.
5. **Religiöse Engführungen beenden:** Die Verengung unterschiedlicher Konflikte auf religiöse Fragestellungen muss beendet werden. Wichtig sind vor allem soziale, kulturelle, ökonomische und politische Faktoren. In öffentlichen Debatten muss hier differenziert werden. Programme zur Überwindung von Konflikten dürfen nicht nur religiös ausgerichtet sein. Interreligiöse Dialoge sollten durch interkulturelle Kooperationen und Dialogkonzepte erweitert werden.
6. **Themenbezogene Kooperationen:** Zu wichtigen politischen, gesellschaftlichen und für die Zukunft relevanten Themen sind konkrete Kooperationen sinnvoll. Hier ist es möglich, bei der Arbeit an inhaltlichen Themen positive Erfahrungen zu sammeln und

zu lernen, mit unterschiedlichen Positionen umzugehen. Partizipation in verschiedenen Lebensbereichen wie z.B. in Entscheidungsgremien ist dabei von grundlegender Bedeutung. Bei den themenbezogenen Kooperationen ist es wichtig, zu konkreten Ergebnissen zu kommen. Moscheegemeinden können dabei zu Partnern werden.

7. **Innerislamischer Pluralismus:** Es ist zu vermitteln, dass muslimische Gruppierungen und Einstellungen differenziert und vielfältig sind. Ähnlich wie die christlichen Gemeinden bilden Muslime in Deutschland keine einheitliche Gruppe. Hier – wie überall – gibt es eine Vielfalt unterschiedlich und teilweise gegensätzlich handelnder Subjekte, die eigenverantwortlich handeln. Es kann von Muslimen – wie auch von Christen und Juden – nicht erwartet werden, dass es bei ihnen nur einen Ansprechpartner gibt.
8. **Konflikte qualifiziert bearbeiten:** Es hat sich gezeigt, dass islamfeindliche Einstellungen durch unterschiedliche kontroverse Themen (z.B. Kopftuch, Schächten) verstärkt worden sind. Es sind muslimische und wissenschaftlich ausgerichtete Institutionen zu fördern, die bei Muslimen und Nichtmuslimen hohe Akzeptanz haben und bei der Entstehung neuer Themen schnell mit qualifizierten Informationen für die Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Es muss angestrebt werden, dass sich politische Parteien zur Emotionalisierung von Wahlkämpfen nicht dieser Themen bedienen.

KONKRETE AKTIONEN

Aus den grundlegenden Ansätzen ergeben sich konkrete Aktionsformen, die in den folgenden Punkten aufgegriffen werden. Vor Ort gibt es bereits viele Bemühungen um ein verbessertes Zusammenleben von Muslimen und Nichtmuslimen und schon jetzt vielfach ein gutes Miteinander:

1. **Zielgerichtete Aktivitäten entwickeln,** bei denen es zu einem gemeinsamen Handeln kommt. Mögliche Aufgaben sind der Umweltschutz oder die Friedensarbeit z.B. in politischen Parteien, Akademien, Volkshochschulen, Universitäten, Bürgerinitiativen, Vereinen und Islamforen.
2. **Dialogstrukturen zwischen Muslimen und dem Staat auf der Ebene des Bundes, der Länder und der Kommunen ausweiten bzw. aufbauen.** Die Deutsche Islamkonferenz hat öffentlichkeitswirksam gezeigt, dass Gespräche mit Muslimen unterschiedlicher Prägung sinnvoll sind. Durch den Aufbau kommunaler und landesweiter Gesprächs- und Islamforen kann dieser Ansatz sinnvoll verbreitert werden. Dabei ist besonders auf bereits bestehende Strukturen zurückzugreifen. Das Deutsche Islamforum und Islamforen auf Länderebene haben wegweisende Vorarbeiten geleistet.

Die wichtige Arbeit von Innenministerien, Verfassungsschutz und Sicherheitsbehörden kann zu Unsicherheiten und Misstrauen führen. Dies ist beim Aufbau von Gesprächsstrukturen zu reflektieren.

- 3. Abrahamische und interreligiöse Kooperationen intensivieren.** Die Zusammenarbeit von Juden, Christen, Muslimen und Angehörigen weiterer Religionsgemeinschaften kann dazu beitragen, mit Gemeinsamkeiten und Unterschieden der Religionen umgehen zu lernen. Dadurch kann die Verantwortung der Religionen für ein gutes Miteinander in der Gesellschaft bewusst gemacht werden.

Hierzu gehört die Förderung von Einrichtungen wie z.B. dem Runden Tisch oder dem Rat der Religionen, dem Projekt »Weißt du, wer ich bin?«, dem Abrahamischen Forum in Deutschland, abrahamischen Teams, Feiern, Jugendforen, Musikgruppen sowie christlich-islamischen und jüdisch-muslimischen Kooperationen.

- 4. Informationsarbeit leisten,** die die Normalität im Zusammenleben von Muslimen und Nichtmuslimen herausarbeitet. Wir haben damit zu leben, dass gegensätzliche Positionen in unserer Gesellschaft bestehen bleiben, ohne dass es zu einem Ausgleich oder einer Angleichung kommt. Grundsätzlich ist zu vermeiden, Konflikte auf das Verhältnis von Muslimen mit Nichtmuslimen zu reduzieren. Eine »Informationsstelle Zusammenleben – Muslime und Nichtmuslime in Deutschland« kann hierfür nützlich sein.
- 5. Regionale Dokumentationsstellen für Diskriminierungen auf- und ausbauen.** Diese Stellen haben Benachteiligungen von Muslimen sowie anderen markierten Gruppen im alltäglichen Zusammenleben sowie am Arbeitsplatz, an der Universität, in der Schule etc. in ihre Arbeit einzubeziehen.

- 6. Muslimische Signale zum gelebten Miteinander.** Hierzu gehören u.a.:

- Aktive Mitarbeit in kommunalen Gremien sowie bei Elternvertretungen in Kindergärten, Schulen, bei Sportvereinen, Feuerwehren, dem Technischen Hilfswerk usw.
- Ein alle zwei Jahre an unterschiedlichen Orten durchgeführter »Deutscher Muslimtag« könnte öffentlich sichtbar machen, dass Muslime Teil der deutschen Gesellschaft sind und den innermuslimischen Dialog über wichtige gesellschaftspolitische Themen befördern.
- Tage der offenen Moschee, Einladungen zu Iftar-Feiern, Abrahamische Feiern zum Opferfest oder zum Noah-Fest, die Mitwirkung bei den Interkulturellen Wochen oder den Internationalen Wochen gegen Rassismus usw.
- Ausbau des Koordinationsrats der Muslime in Deutschland und regelmäßige Stellungnahmen zu aktuellen Debatten.
- Unabhängige Strukturen muslimischer Einrichtungen in Deutschland, die den gegenwärtigen gesellschaftlichen Erfordernissen entsprechen und denen deshalb nicht vorgeworfen werden kann, von Entscheidungsträgern im Ausland abhängig zu sein.
- Aktionen in muslimischen Einrichtungen, mit denen Muslime ihre Bereitschaft für ein gutes Miteinander signalisieren und auf die praktischen Aspekte der damit verbundenen Aufgaben vorbereitet werden.
- Qualifizierung von Imamen in Deutschland. Damit ist auch die Förderung der Bereitschaft zum Erlernen der deutschen Sprache verbunden.

7. **Bildungsinhalte weiterentwickeln**, damit auch Qualifikationen und Kompetenzen der Muslime aufgegriffen werden, die eine Migrationsgeschichte haben und in Deutschland leben. So sind beispielsweise Sprachen ein besonderer Reichtum für die Kultur und Ökonomie eines Landes. In den Schulen könnten die Muttersprachen der Schüler/-innen als Wahlfächer angeboten und anerkannt werden. Jede Bildungsarbeit muss als übergeordnetes Ziel vermitteln, dass es auch kulturelle Differenzen gibt, die nicht überwindbar sind und auch nicht überwunden werden müssen.
8. **Kritische Debatten führen**, in denen über Positionen von Religionen, Weltanschauungen und politischen Gruppierungen gestritten wird, die Vorurteile gegen Muslime verstärken. Dazu gehören insbesondere auch antiislamische Blogs im Internet.
9. **Medienpartnerschaften aufbauen**: Entwicklung eines Kodex zur Berichterstattung über Fragen des interkulturellen Zusammenlebens. Dazu gehört auch eine Medienpädagogik, mit der verhindert wird, dass Menschen die Darstellung in den Medien mit der Realität verwechseln.
10. **Intensivierung der aktiven Arbeit islamischer Verbände** zum Abbau der Diskriminierung von Kindern, Frauen und gesellschaftlichen Minderheiten. Auch von Ausgrenzung Betroffene haben die Aufgabe, Vorurteilsstrukturen und Fremdenfeindlichkeit in den eigenen Reihen entgegenzutreten.

Diese wichtigen Aufgaben erfordern langen Atem sowie ideelle und finanzielle Förderung.

11. **Expertenpools und Netzwerke aufbauen und aktivieren**, die tätig werden, wenn mit politischen Kampagnen Vorurteile geschürt werden.

12. **Eine innerislamische Debatte führen**, in der die bestehenden Spannungen und Gegensätze thematisiert werden. Dabei sind ethnische, religiöse und politische Konflikte zu bearbeiten, die eine Integration in Deutschland erschweren. Es sollte vermieden werden, dass ausgegrenzte Gruppierungen selbst wieder andere ausgrenzen, die in der gesellschaftlichen Hierarchie weiter unten angesiedelt sind. Dadurch kann zu einer Kultur der Anerkennung der Vielfalt in einer Demokratie beigetragen werden.

ÖFFENTLICHER DISKUSSIONSPROZESS

Diese thesenartige Ausarbeitung ist im Rahmen des »Bundesweiten Clearingprojekts: Zusammenleben mit Muslimen« des Interkulturellen Rates erstellt worden. Die Broschüre gibt ausschließlich die Meinung der Autoren und nicht notwendigerweise die der fördernden Institutionen wider.

Im April 2008 fanden kontroverse Beratungen zu dem Entwurf in folgenden Gremien statt:

- Deutsches Islamforum
- Koordinierungsrat der Islamforen in Deutschland
- Interkultureller Rat in Deutschland

Erörtert wurde die Ausarbeitung auch in einer Arbeitsgruppe, der folgende Personen angehörten:

- Bekir Alboğa, Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB), Köln
- Prof. Dr. Heiner Bielefeldt, Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin
- Naime Çakir, Islamische Religionsgemeinschaft Hessen, Frankfurt/M.
- Torsten Jäger, Interkultureller Rat, Darmstadt
- Dr. Jürgen Micksch, Interkultureller Rat, Darmstadt
- Hasibe Özaslan, Interkultureller Rat, Darmstadt
- Dr. Sabine Schiffer, Institut für Medienverantwortung, Erlangen

Gedankt wird für die Anregungen und kritischen Kommentare aus diesen Beratungen. Weiterführende wie kritische Debatten und Stellungnahmen zu dieser Ausarbeitung sind erwünscht und werden beim Interkulturellen Rat gesammelt. Sie sollen später veröffentlicht werden.

DAS CLEARINGPROJEKT: ZUSAMMENLEBEN MIT MUSLIMEN

Sowohl auf muslimischer als auch auf nichtmuslimischer Seite sind ablehnende Vorurteile und Einstellungen weit verbreitet. Zu oft gibt es keine Bereitschaft, unterschiedliche Interessen gütlich auszuhandeln.

Um dies zu verhindern hat der Interkulturelle Rat in Deutschland mit Unterstützung des Bundesministerium des Innern/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie der Groeben-Stiftung das »Clearingprojekt: Zusammenleben mit Muslimen« eingerichtet. Im Rahmen des Projekts wurde eine Stelle geschaffen, die

- dabei unterstützt, in schwierigen Sachfragen nach kreativen Lösungen zu suchen, die gleichermaßen die Interessen von Muslimen und Nichtmuslimen berücksichtigen;
- konkreten Vorwürfen intensiv nachgeht, unabhängig und neutral Tatsachenerhebung betreibt und sich darum bemüht, konkrete Konflikte – z.B. in der Arbeitswelt, in der Schule, bei Behörden oder anderen öffentlichen Einrichtungen – zwischen Muslimen und Nichtmuslimen zu versachlichen und zu lösen;
- auf beiden Seiten Missstände benennt und dokumentiert, die das Zusammenleben erschweren und
- durch Aufklärungs- und Informationsarbeit den wechselseitig vorhandenen Stereotypen und Vorurteilen begegnet.

Weitere Informationen:

Interkultureller Rat in Deutschland e.V.

Clearingprojekt: Zusammenleben mit Muslimen

www.interkultureller-rat.de

clearingprojekt@interkultureller-rat.de



Interkultureller Rat in Deutschland e.V.
Clearingprojekt: Zusammenleben mit Muslimen
Goebelstr. 21
64293 Darmstadt

Tel.: 06151 - 33 99 71
Fax: 06151 - 39 19 740

www.interkultureller-rat.de
clearingprojekt@interkultureller-rat.de